

IfM-Standpunkt

Nr. 38

Mittelstandspolitik im Zuge einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft

(Stand 03.05.2022)



Pandemie, Ukraine-Krieg, Lieferschwierigkeiten, Klimawandel, Digitalisierung – all diese Herausforderungen sorgen aktuell im Mittelstand für eine erhöhte Unsicherheit. Kurzfristig kann die Mittelstandspolitik existenzbedrohende Risiken für den Mittelstand bzw. einzelner Teilgruppen mit Hilfe sektoraler, einzelbetrieblicher oder größenbezogener Maßnahmen abfedern. Mit Blick auf die erforderliche längerfristige Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft sind allerdings ein ordnungspolitischer Ansatz und die Gestaltung von Rahmenbedingungen vorzuziehen, die den gesamten Mittelstand in den Fokus stellen. Schließlich ist der Mittelstand nicht nur volkswirtschaftlich eine tragende Stütze, sondern leistet auch wichtige Beiträge für die Gesellschaft und die Demokratie unseres Landes.

Eine besondere Herausforderung der Wirtschaftspolitik besteht darin, die Rahmenbedingungen dahingehend weiterzuentwickeln, dass eine klimaneutrale Wertschöpfung gelingt und gleichzeitig der Mittelstand nicht über Gebühr belastet wird.

Mittelstandsfreundliche Klimaschutzpolitik

Eine der vorrangigen Aufgaben der Mittelstandspolitik liegt in der Unterstützung des Übergangs zur CO₂-neutralen Wertschöpfung. Mittelstand und Umweltschutz stehen längst nicht mehr in Gegensatz zueinander: Eine IfM-Befragung im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2021 (Dienes et al. 2021) belegt, dass die Mehrheit der Unternehmen „Pro Klimaschutz“ eingestellt ist – und dies auch umsetzt. Mehr als 50 Prozent von ihnen haben bereits zwischen 2018 und 2021 umweltbezogene Prozessinnovationen realisiert. Knapp 40 Prozent von ihnen hatten Umweltproduktinnovationen auf den Weg gebracht. Mittelständische Unternehmen sind im Hinblick auf die Umsetzung von Prozessinnovationen sogar

aktiver als nicht-mittelständische Unternehmen, obwohl nur knapp 28 % der befragten mittelständischen Unternehmen angaben, über ausreichende Ressourcen hierfür zu verfügen (Nicht-Mittelstand: 32 %). Ihre höhere ökologische Innovationsneigung dürfte auf die Besonderheiten des Mittelstands zurückzuführen sein (Einheit von Eigentum und Leitung).

Diese proaktive Herangehensweise des Mittelstandes kann durch die Mittelstandspolitik gestärkt werden. Entsprechende umweltpolitische Regelungen sollten den Unternehmen Spielraum für eigene, innovative Lösungen einräumen und sie nicht in ein enges Korsett von Ge- und Verboten zwängen.

- Flexible klimapolitische Instrumente wie beispielsweise die CO₂-Bepreisung in Form einer Pigou-Steuer bzw. der Emissionsrechtehandel können bevorzugt genutzt werden. Allerdings sollte dabei darauf geachtet werden, dass es nicht zu einer zusätzlichen Belastung der Unternehmen kommt. D. h. die Einnahmen sollten im Idealfall auf eine anreizverträgliche Art und Weise an die Zahlungspflichtigen zurückerstattet werden.

Der Mittelstand ist durch neue Nachhaltigkeitspflichten, die sich an Großunternehmen richten, oftmals indirekt betroffen

Derzeit werden eine Reihe zusätzlicher Berichtspflichten für Unternehmen durch die EU-Kommission auf den Weg gebracht. Zwar sind Unternehmen bis 500 Beschäftigten bzw. ab 2023 bis 249 Beschäftigten formal von der „nicht finanziellen Berichterstattung“¹ ausgenommen und auch das geplante europäische Lieferkettengesetz gilt unmittelbar nur für große Unternehmen. Sie sind jedoch bereits indirekt betroffen und müssen beispielsweise in Wertschöpfungsketten größeren berichtspflichtigen Unternehmen zunehmend Informationen zur Verfügung stellen, damit diese ihre Nachhaltigkeitsaktivitäten nachweisen können. Zudem prüft die EU im Jahr 2024, ob die nicht finanzielle Berichtspflicht auf KMU ausgeweitet werden sollte. Perspektivisch ist also eine Ausweitung der Berichtspflichten auf kleine mittelständische Unternehmen wahrscheinlich.

Ein Beispiel für eine den Mittelstand möglicherweise benachteiligende Regelung betrifft die Vorschriften zur Finanzierung nachhaltiger Investitionen: Seit diesem Jahr müssen Kreditinstitute die Nachhaltigkeit ihrer Kreditportfolios anhand der sogenannten Green Asset Ratio (GAR) belegen.²

¹ Non-Financial Reporting Directive (NFRD), Umsetzung in Deutschland durch CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz (CSR-RUG)

² Die GAR setzt die vom Kreditinstitut vergebenen Unternehmenskredite, die in taxonomiekonforme – nachhaltige – Wirtschaftsaktivitäten fließen, ins Verhältnis zum

Regionalbanken mit traditionell hohem Anteil an KMU-Kunden entsteht durch die aktuelle Ausgestaltung womöglich ein Wettbewerbsnachteil, da ihre Kreditportfolios weniger „grün“ im Vergleich zu Geschäftsbanken mit eher großen bereits berichtspflichtigen Unternehmen im Kreditportfolio erscheinen. Letztlich könnten Regionalbanken die Kreditvergabe an den kleineren Mittelstand einschränken, um ihre GAR zu erhöhen. Um entsprechende Kredithürden von vornherein zu vermeiden, wäre zu überlegen, ob Kredite an KMU grundsätzlich aus der Berechnung der GAR herausgenommen werden sollten.

Bürokratiebelastung und Klimaschutz zusammen denken

Weniger Bürokratie bedeutet mehr Ressourcen, die für die originäre Unternehmens-tätigkeit und die Bewältigung aktueller Herausforderungen zur Verfügung stehen. Auch wenn in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Wirtschaftspolitik den Bürokratieabbau vorrangig betrieben hat, nehmen mittelständische Unternehmen die Bürokratiebelastung als hoch wahr: Sie kritisieren die Regulierungsdichte, stellen den Sinn vieler Vorschriften in Frage und jedes vierte Unternehmen erfüllt bewusst einzelne bürokratische Erfordernisse nicht (Holz et al. 2019).

Der klimafreundliche Umbau der (mittelständischen) Wirtschaft wird jedoch nicht ohne weitere Regulierung vonstatten gehen können. Damit umweltpolitische Regelungen nicht zu verfahrensbedingten Kostendegressionen führen und den Erfüllungsaufwand für kleine Unternehmen im Vergleich zu großen Unternehmen überproportional erhöhen, sind folgende Aspekte wichtig:

- Bestehende Regulierungen sind kontinuierlich auf ihre Wirksamkeit und Belastungsintensität für den Mittelstand hin zu überprüfen und ggf. anzupassen. Ebenso wichtig ist eine ex-ante Betrachtung der indirekten Wirkungen neuer nationaler und europäischer / supranationaler Regulierungen auf den Mittelstand, selbst wenn dieser formal ausgenommen ist.
- Für die Abschätzung, ob ein Erfüllungsaufwand für Berichtspflichten angemessen ist, muss berücksichtigt werden, dass der Aufwand, aufgrund des Fixkostencharakters, für den Mittelstand in Relation zu großen Unternehmen höher ist. Ziel sollte daher eine der Wirtschaftskraft der mittelständischen Unternehmen proportionale Kostenbelastung sein, um auf diese Weise

Gesamtkreditportfolio. Während demnach die „grünen Kredite“, der großen Unternehmen im Zähler der GAR stehen, fließen in den Nenner alle, also auch an KMU vergebene Kredite ein.

Wettbewerbsnachteile gegenüber großen Unternehmen zu vermeiden. Schwellenwerte reichen dafür womöglich nicht immer aus.

- Die transparente Informationsweitergabe neuer Vorschriften an den Mittelstand und die Umsetzung von umweltpolitischen Maßnahmen ist so einfach wie möglich zu gestalten. Dafür wäre es hilfreich bereits im Vorfeld von Gesetzesinitiativen Vertreterinnen und Vertreter des Mittelstands in die Gestaltung der Gesetzgebung einzubeziehen.

Literatur

Dienes, C.; Butkowski, O.; Holz M.; Korus, A.; Wolter, H.-J. (2021): [Einstellungen und Verhalten mittelständischer Unternehmen angesichts des Klimawandels](#), IfM-Materialien Nr. 290, Bonn

Holz, M.; Schlepphorst, S.; Brink, S.; Icks, A.; Welter, F. (2019): [Bürokratie-wahrnehmung von Unternehmen](#), IfM Bonn: IfM-Materialien Nr. 274, Bonn.

Icks, A.; Welter, F. (2022): [Bürokratie abbauen, in: Wirtschaftsdienst](#), 2022, 102 (1), S. 7.

Schlepphorst, S.; Welter, F.; Holz, M. (2022): [Die gesellschaftliche Wertschöpfung des Mittelstands](#), IfM-Materialien Nr. 292, Bonn.

Welter, F.; Levering, B. (2021): [Die Mittelstandspolitik nach Corona – für eine nachhaltige Zukunft](#), in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, S. 1-6, doi.org/10.1515/pwp-2021-0035.

Welter, F.; Wolter, H.-J.; Holz, M. (2021): [Mittelstandspolitik während und nach der Covid 19-Pandemie](#), IfM Bonn: IfM-Hintergrundpapier, Bonn.